

Der Strategische Kompass der Europäischen Union

Eine Zwischenbilanz

Stephan Saalow und Stephan Kliefoth

Ein Jahr Arbeit für die Entwicklung des Strategischen Kompasses der EU liegt hinter den Mitgliedstaaten. Sie haben sich in vier Schwerpunktgebieten (Körben) mit Fragen der Optimierung des EU-Krisenmanagements (Korb 1), der Entwicklung von Fähigkeiten und Möglichkeiten der Verteidigungskooperation (Korb 2), des Ausbaus von Widerstandsfähigkeit und Resilienz (Korb 3) sowie der Intensivierung von Partnerschaften (Korb 4) befasst.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 hatte den Prozess für den Strategischen Kompass in Gang gesetzt. Erster Meilenstein war die Erarbeitung einer Bedrohungsanalyse. Im Anschluss wurde im ersten Halbjahr 2021 im „Strategischen Dialog“ der Mitgliedstaaten versucht, die vier Körbe mit Substanz zu füllen. Dieser Prozess stellte die Mitgliedstaaten in der Zeit der Pandemie und fehlender gesicherter Plattformen, auf denen vertrauliche Informationen in Videokonferenzen ausgetauscht werden konnten, vor Herausforderungen. Die Verabschiedung des Strategischen Kompasses durch die Staats- und Regierungschefs der EU ist im März 2022 vorgesehen. Der Europäische Auswärtige Dienst wird den Entwurf im Herbst 2021 vorlegen. Vor dem Hintergrund der geopolitischen Entwicklungen ist es unter den Mitgliedstaaten unstrittig, dass die EU ihre Handlungsfähigkeit verbessern muss. Nicht zuletzt die kurzfristig notwendig

gewordene Evakuierungsoperation aus Afghanistan hat gezeigt, dass die EU über zu wenig Möglichkeiten verfügt, derlei Herausforderungen zu bewältigen. Der Strategische Kompass bietet den Mitgliedstaaten die Chance, ihre Ziele in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) zu überprüfen. Die Mitgliedstaaten können nun nachjustieren und festlegen, was sie sicherheits- und verteidigungspolitisch erreichen wollen und was sie bereit sind, an Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Dies wird von allen mehr Investitionen erfordern. In der Vergangenheit fehlte dafür oft der Wille. Diese Lücke gilt es zu schließen, da andernfalls die Glaubwürdigkeit der EU und das Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit weiter erodieren werden.

Die Mitgliedstaaten diskutierten im Korb „Krisenmanagement“ neben Stärkung von Strategischer Vorausschau und Frühwarnung Einführung flexiblerer und agilerer politischer Entscheidungsfindung (u. a. Art. 44 EUV), Etablierung effektiverer (auch robusterer) Mandate in der GSVP unter möglichst effizientem Zusammenspiel aller Akteure, Institutionen und Partner vor Ort (Stichwort integrierter Ansatz der EU), die Schaffung angepasster, unter Einbeziehung der vorhandenen EU-Battlegroups hochverfügbarer Bereitschaftskräfte (u. a. zur Durchführung von Anfangsoperationen) und eine mögliche Einführung von Vorausplanungen (Contingency Planning) als Voraussetzung für schnellere Reaktionsfähigkeit im Falle von

Krisen und die Stärkung der zivilen GSVP (Civilian Compact 2.0).

Im Korb „Resilienz“ wurde u. a. die Gewährleistung des freien Zugangs zu den öffentlichen Gemeingütern (Global Commons), wie die Stärkung der maritimen Sicherheit (Ausweitung des Konzepts der koordinierten maritimen Präsenzen) und Einführung einer Weltraumstrategie, außerdem Ausweitung von bestehenden Instrumenten zur Abwehr von hybriden (Hybrid Toolbox) und Cyber-Bedrohungen (Cyber Defence Policy Framework), die Schaffung von resilienteren GSVP-Missionen und Operationen hinsichtlich Desinformationen und die Erhöhung der Sicherheit und Resilienz eigener EU-Institutionen einschließlich Kommunikationsmitteln erörtert.

Im Korb „Fähigkeiten“ standen die militärischen und zivilen Fähigkeitsplanungs- und -entwicklungsprozesse der EU sowie ihre Kohärenz untereinander und zur NATO im Fokus, weiterhin neue Technologien (5G, Künstliche Intelligenz, Cloud-Computing etc.) und Stärkung der europäischen industriellen Basis zur Reduzierung strategischer Abhängigkeiten. Im Korb „Partnerschaften“ wurden Kooperationen der EU, vor allem zu internationalen Organisationen (u. a. NATO, UN, OSZE sowie regionale Organisationen) und bilaterale Partnerschaften diskutiert. Ferner widmete sich der Korb der Identifikation von Partnern, die von der EU unterstützt werden sollten (u. a. Hilfsprogramme, Europäische Friedensfazilität).

Autoren

Oberst i.G. Stephan Saalow war Referatsleiter und stellvertretender Leiter des Arbeitsbereichs Militärpolitik und **Oberstleutnant i.G. Stephan Kliefoth** ist Referent bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel.

Kontrovers blieben Vorstellungen zum Zeithorizont und zum Ambitionsniveau eines zukünftigen Aufgabenportfolios. Vor allem Frankreich forciert die ambitionierte Ausgestaltung der EU als globalen Sicherheitsakteur, um eigene außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Ziele besser umsetzen zu können. Dieser Ausgestaltungswille spiegelt sich in nahezu allen Körben wider und zielt auf die Erlangung Strategischer Autonomie der EU. Dieser EU-zentrierte Gestaltungswille hat nach Auffassung einiger Mitglieder das Potenzial, die für fast alle fundamental wichtige transatlantische Bindung zu schwächen. Sie fordern deshalb strategische Geduld ein und werben für eine sukzessive und transatlantisch geprägte Weiterentwicklung von Initiativen der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung, auch und vor allem in Zusammenarbeit mit der NATO. Ein überwiegender Teil der Mitglieder agierte dabei noch sehr verhalten. Für Deutschland kommt es jetzt darauf an, gestalterisch und zugleich vermittelnd den Strategischen Kompass zu beeinflussen.

Mit dem Abschluss des Strategischen Dialoges stellt sich die Frage, was mit dem Strategischen Kompass erreicht werden kann und soll. Bei engagierter Umsetzung des Projekts kann die (operative) Handlungsfähigkeit der EU ebenso wie die Bereitstellung der dazu benötigten Ressourcen und Fähigkeiten nachhaltig verbessert werden, ohne dass das zuvor

erwähnte strittige Narrativ der Strategischen Autonomie überbetont werden muss. Prioritäten sind dabei aus der vorliegenden Bedrohungsanalyse abzuleiten und in den vorgeschlagenen zukünftigen Überarbeitungszyklen des Strategischen Kompasses (fünf bis zehn Jahre) anzupassen.

Zudem eröffnet die fast zeitgleiche Anpassung des Strategischen Konzepts der NATO die Möglichkeit, die EU-NATO-Zusammenarbeit und die Komplementarität im Bereich Krisenmanagement und den Schutz Europas und seiner Bürger auf eine neue Grundlage zu stellen. Nur durch starke Impulse, ein realistisches Erwartungsmanagement und die sachgerechte Verschmelzung der unterschiedlichen nationalen Positionen können die Akzeptanz des Dokuments und damit die nachhaltige Implementierung seiner Empfehlungen durch alle Mitgliedstaaten erreicht werden.

Erfolgsvoraussetzung sind zwei Aspekte. Zum einen der politische Wille zur konkreten Handlungsfähigkeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Daneben braucht es für Maßnahmen einen realistischen Blick. Augenblicklich ist eine strategisch autonome (vor allem militärische) Handlungsfähigkeit weder gegeben noch in absehbarer Zeit erreichbar. Der Strategische Kompass muss die Richtung weisen, wie sich die EU zu einem globalen Sicherheitsakteur entwickeln kann. Dies sollte in enger Abstimmung

mit Partnern zunächst in der (unmittelbaren) Nachbarschaft geschehen. Zentral bleibt die Frage, welches Engagement die EU allein, mit Partnern oder überhaupt nicht bewältigen können muss oder will. So könnten Schwerpunkte für eine Kräfteprojektion definiert werden. Diese Eingrenzung würde Spielraum in den weiteren Verhandlungen unter den Mitgliedstaaten schaffen. Fokussierung, Priorisierung und Umsetzung wären im Strategischen Kompass sicher der Erfolgsfaktor für ein wirkmächtiges und relevantes Dachdokument.

Nicht alle Themen werden sich in dem Dokument widerspiegeln, sodass ein Risiko für den Kompass nicht ausgeschlossen werden kann. Sollten nationale Prioritäten überborden und nicht die Ableitungen aus der gemeinsamen EU-Globalstrategie sowie die Bedrohungsanalyse das Fundament des Strategischen Kompasses bilden, wäre die Ziel-Wege-Mittel-Relation des Strategiedokumentes durch eine strukturelle Unwucht gefährdet.

Als Zwischenbilanz auf dem Weg zum Strategischen Kompass lässt sich feststellen, dass mit der Bedrohungsanalyse und dem Strategischen Dialog die ersten Meilensteine zeitgerecht abgeschlossen werden konnten. Welche inhaltliche Richtung er bekommen wird, ist allerdings noch offen – genauso wie sein politisches Schicksal.

In eigener redaktioneller Verantwortung.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Internet: www.gsp-sipo.de, Facebook: www.facebook.com/GSPSipo; Twitter: @GSPSipo

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

SparDa-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 3 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04209/693418)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 0172/2362627)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Selbstständige Sektion Brüssel: bruessel@gsp-sipo.de